

LOKALES / RUDERSDORF

Industriefirma ist insolvent

Die Firma SteelCo.Tech in Rudersdorf ist insolvent. Die Produktion soll nur noch bis Ende März weitergehen. Betroffen von der Schließung sind bis zu 80 Beschäftigte.

Seite 3

LOKALES / HILCHENBACH

Was tun beim Blackout?

Hilchenbach und andere Kommunen im Kreis bereiten sich auf Krisen wie Stromausfälle oder Naturkatastrophen vor. Was müssen Bürger im Fall der Fälle wissen?

Seite 8

LOKALES / SIEGEN

Sträter sagt Auftritte ab

Der Kabarettist muss pausieren: Weil nach einer Krankheit eine längere Regeneration nötig sei, sagt er alle Auftritte bis Ende März ab – auch den in Siegen.

Seite 20

SPORT / KREUZTAL

Duo verpasst Trainingsstart

Der kriselnde Handball-Zweitligist TuS Ferndorf startet ins Rückrundentraining, doch dabei fehlen zwei Spieler – weil sie für ihre Nationalteams im Einsatz sind.

Seite 24

LOKALES / SIEGEN

Windkraft-Boom auch in Siegen-Wittgenstein

Mit 45 genehmigten Anlagen zählt der Kreis landesweit zu den führenden Regionen. Doch es gibt wachsende Probleme.



Seite 5

WETTER

Min.

3°

Max.

7°

SZ-KONTAKT

Anzeigen

☎ 02 71 / 59 40-7 📠 -3 18 oder -3 84
✉ anzeigen@siegener-zeitung.de

Leserservice / Nachlieferung

☎ 02 71 / 59 40-8 📠 02 71 / 59 40-4 01
✉ leserservice@siegener-zeitung.de
🌐 https://service.siegener-zeitung.de/

Redaktion

☎ 02 71 / 59 40-2 37 📠 -2 39
✉ redaktion@siegener-zeitung.de

SZ-Digital

🌐 www.siegener-zeitung.de
📘 Siegener Zeitung
📱 @siegenerzeitung

Mitglied im RedaktionsNetzwerk Deutschland RND[#]



Foto: René Traut

Feller verteidigt Schulschließung

Nach einer Unwetterwarnung gehen die Schulen in Nordrhein-Westfalen landesweit in den Distanzunterricht. Warum sich die Schulministerin gegen Kritik wehrt

DÜSSELDORF. NRW-Schulministerin Dorothee Feller (CDU) hat die landesweite Schulschließung wegen Glatteisgefahr gegen Kritik verteidigt und den Lehrkräften für die schnelle Organisation des Distanzunterrichtes gedankt. Es gehe um die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg und darum, „dass wir die Entscheidung frühzeitig treffen, damit Schulen, aber auch vor allen Eltern und Kinder sich darauf einstellen können“, sagte Feller bei WDR2.

Kritik an der Entscheidung kam von der oppositionellen FDP im Landtag. „Haben wir nicht aus der Pandemie gelernt? Was ist mit mildereren Mitteln? Ausfall der ersten Stunde? Regulärer Unterricht ohne Präsenzpflicht statt Notbetreuung?“, schrieb Landeschef Henning Höne auf X. „Sicherheit geht vor. Aber Schulen werden in Deutschland zu schnell geschlossen“, argumentierte er. „Es leiden Schüler und Familien.“

Die NRW-Schulministerin erläuterte: In einem abgestuften Verfahren werde normalerweise regional entschieden, es habe aber eine landesweite Unwetterwarnung gegeben. „Und da hieß es eben, die Unwetterwarnung gilt von 0 Uhr bis 10 Uhr, in manchen Landesteilen sogar bis 13 Uhr“, antwortete die CDU-Politiker auf die Frage, ob nicht etwa auch ein späterer Schulbeginn statt der Schulschließung möglich gewesen wäre. Das Wetter könne sich natürlich am nächsten Tag anders herausstellen,

„Aber sie müssen ja irgendwann auf der Grundlage, die Sie haben, die Entscheidung treffen.“

Dorothee Feller (CDU)
NRW-Schulministerin



als es angekündigt war. „Aber sie müssen ja irgendwann auf der Grundlage, die Sie haben, die Entscheidung treffen. Und deswegen haben wir uns für diesen Schritt entschieden“, erläuterte Feller. Bereits am Freitag seien die Schulen in NRW sensibilisiert worden, dass eine solche Entscheidung kommen könnte.

Beim Distanzunterricht gebe es unterschiedliche Formate, nicht nur digitale. So könne man den Schülerinnen und Schülern Aufgabenpakete schicken. Sie höre von vielen Schulen, „dass es wunderbar und gut geklappt hat“. Feller betonte: „Es ist uns bewusst, dass das für jeden eine neue Herausforderung ist, aber wir haben uns letztendlich für die Sicherheit der Kinder und der Schüler entschieden, wie im Übrigen ja auch andere Bundesländer.“

Die Landeselternschaft der Grundschulen forderte frühere Informationen über drohende Schulschließungen. Wenn die Schulen bereits am Freitag auf ein solches Szenario hingewiesen worden seien, wäre es sinnvoll gewesen, auch die Eltern einzubinden, sagte Vorsitzende Josephine Behrens der dpa. Dann hätten Eltern die Möglichkeit gehabt, schon einmal über einen Plan B für die Betreuung der Kinder nachzudenken. So sei die Information über den landesweiten Distanzunterricht erst mit der Entscheidung der Landesregierung am Sonntagnachmittag erfolgt. Das sei gerade für berufstätige Eltern zu spät. ■ dpa

Foto: dpa

Trump bekräftigt Anspruch auf Grönland

Die Europäer schlagen eine stärkere Nato-Präsenz in der Arktis vor, um Sicherheitsargumente des US-Präsidenten zu entkräften. Doch der will davon nichts wissen

WASHINGTON. Europa sucht einen Ausweg aus dem Konflikt um Grönland – aber US-Präsident Donald Trump blockt ab. Von seinem Besitzanspruch auf die Insel lässt er sich auch durch Vorstöße von Nato-Staaten für einen Ausbau der Bündnispräsenz in der Arktis nicht abbringen. An Bord der Air Force One konfrontierte eine Journalistin Trump damit, dass Großbritannien und Deutschland darüber diskutieren, wie die Nato die Arktis besser schützen könnte. Das ändere nichts an seiner Einschätzung, sagte der US-Präsident.

Trump machte klar, dass es ihm um langfristigen Besitz von Grönland geht. „Wir sprechen über Erwerb, nicht über eine Pacht“, betonte er mit dem Vokabular eines Geschäftsmanns. Der US-Präsident macht immer wieder deutlich, dass er die offiziell zum Nato-Partner Dänemark gehörende Insel unter Kontrolle der Vereinigten Staa-

ten bringen will – zur Not auch auf „die harte Art und Weise“. Der US-Präsident äußerte sich abschätzig über die Verteidigungsfähigkeit des autonomen dänischen Territoriums. „Sie wissen ja, woraus ihre Verteidigung besteht, zwei Hundeschlitten“, sagte Trump. Russland und China hätten dagegen im Meer rund um Grönland Zerstörer und U-Boote. „Wenn wir Grönland nicht nehmen, werden es Russland oder China tun, und das werde ich nicht zulassen“, sagte Trump.

Mehrere Nato-Staaten wie Großbritannien hatten sich zuletzt für einen Ausbau der Bündnispräsenz in der Arktis ausgesprochen. Ein Vorschlag sieht Diplomaten zufolge einen Überwachungseinsatz mit dem Namen „Arctic Sentry“ (etwa: Wächter der Arktis) vor. Er soll den Amerikanern das Argument nehmen, dass die Sicherheit in der strategisch wichtigen Re-

gion nicht ausreichend gewährleistet werden kann. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) geht davon aus, dass die USA sich an einer stärkeren Nato-Präsenz rund um Grönland beteiligen werden. „Wir teilen die amerikanischen Besorgnisse, dass dieser Teil Dänemarks besser geschützt werden muss“, sagte Merz bei seinem Indien-Besuch. „Wir wollen einfach die Sicherheitslage für Grönland gemeinsam verbessern. Und ich gehe davon aus, dass die Amerikaner sich daran auch beteiligen.“

Außenminister Johann Wadephul hat gerade erst eine Bereitschaft für einen größeren Beitrag Deutschlands zur militärischen Sicherheit in der Arktis erklärt. Der CDU-Politiker ist auf dem Weg in die USA. In Washington trifft er US-Außenminister Marco Rubio. Trumps Drohungen gegen Grönland dürften dabei eine wichtige Rolle spielen. ■ dpa

Spiegelglatt, doch das Blitzeis-Chaos bleibt aus

Spiegelglatt wie eine Eisbahn: Am Siegener Bahnhof zeigt sich, wie schnell es gefährlich werden kann. Und trotzdem blieb das Verkehrschaos im Berufsverkehr aus – obwohl alle Wetterdienste eindringlich warnten. Warum am Ende 0,2 Grad über Schnee oder Eisregen entschieden haben, erklärt Meteorologe Björn Goldhausen im Gespräch mit der SZ.

Seite 4

Riskante Wette

Indien statt China: Deutschland sortiert sich außenpolitisch neu



Von Marcus Sauer

Jahrzehntelang spielte Indien für deutsche Regierungen eher eine Nebenrolle. Zwar gibt es offiziell schon länger eine Indien-Strategie und deutsch-indische Regierungskonsultationen, doch wenn es um ökonomische Fragen, um Technologiezusammenarbeit und Chancen für deutsche Unternehmen in Asien ging, richtete sich der Blick zumeist auf China. Dass Bundeskanzler Friedrich Merz seine erste größere Asienreise ausgerechnet nach Indien unternimmt und damit demonstrativ mit der Tradition seiner Vorgänger bricht, ist deshalb eine Botschaft, keine protokollarische Randnotiz.

Der Besuch beim Premier in dessen Heimatbundesstaat Gujarat, die große Wirtschaftsdelegation im Schlepptau und die in Aussicht stehende U-Boot-Kooperation signalisieren: Deutschland will Indien nicht länger als optionalen Bonus-Partner, sondern als strategische Säule einer über China hinaus diversifizierten Außen- und Wirtschaftspolitik. Das ist vernünftig und zugleich eine riskante Wette. Eine Volkswirtschaft mit über einer Milliarde Menschen, rasant wachsendem Technologiesektor und einem enormen Potenzial an Fachkräften kann helfen, Deutschlands Abhängigkeit von China zu reduzieren und qualifizierte Zuwanderung zu organisieren. Doch darf nicht vergessen werden: Indien pflegt auch mit Russland eine strategische Partnerschaft, Premier Modi hat Wladimir Putin neulich erst einen ähnlich großen Bahnhof bereitet wie nun Merz. Indien ist auf vielfache Weise auf Moskau angewiesen. Was nichts daran ändert: Wenn sich Deutschland aus seiner China-Fixierung lösen will, führt an Indien kein Weg vorbei. Die Bundesrepublik ist gezwungen, sich außenpolitisch neu aufzustellen – auch mit Blick auf die USA.

Merz sieht Indien als „Wunschpartner“

AHMEDABAD. Neu-Delhi und Berlin wollen künftig deutlich enger zusammenarbeiten: Bei seinem Besuch in Indien hat Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) eine Vertiefung der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern angekündigt. Indien sei für Deutschland ein „Wunschpartner“, sagte Merz bei einer Pressekonferenz mit Premierminister Narendra Modi. ■ *afp* ► Seite 15